



Dr. h. c. Susanne Kastner
Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende des Verteidigungsausschusses

Pressemitteilung

Berliner Erklärung

Kastner begrüßt ersten Schritt für eine gesetzliche Frauenquote

Berlin, 15.12.2011

Büro
Dr. h. c. Susanne Kastner, MdB
Vizepräsidentin a. D.

bearbeitet von:
Sabine Stührmann

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77332
Fax: +49 30 227-76267
susanne.kastner@bundestag.de
www.susanne-kastner.de

Berlin. Susanne Kastner, Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, begrüßt ausdrücklich, dass mit der „Berliner Erklärung“ ein breites gesellschaftliches Bündnis öffentlich eine verbindliche Frauenquote für Aufsichtsräte börsennotierter, mitbestimmungspflichtiger und öffentlicher Unternehmen in Deutschland fordert.

„Endlich setzt sich auch bei uns in Deutschland die Erkenntnis durch, dass wir mit freiwilligen Vereinbarungen nicht weiterkommen“, so Susanne Kastner.

Damit sei das Ziel, die Gleichstellung, aber noch nicht erreicht. „Das ist ein erster Schritt“, machte Kastner deutlich. „Schon viel zu lange ringen CDU/CSU und FDP um eine klare Position. Der Gipfel ist der Vorschlag von Ministerin Schröder zu einer sogenannten Flexiquote. Gleichstellungspolitik mit Herz und Hand sieht anders aus. Die SPD zielt auf eine verbindliche, gesetzlich 40 Prozentquote nicht nur in Aufsichtsräten sondern auch in Vorständen deutscher Konzerne“. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf wird die SPD-Bundestagsfraktion zur Abstimmung im Bundestag stellen.

Als „unerträglich“ bezeichnete es Kastner, wie viel hochqualifizierte Frauen in Deutschland an die „gläserne Decke“ stoßen. „Beispielsweise sind nur 2,5 Prozent der Vorstandsposten der 200 größten deutschen Unternehmen mit Frauen besetzt“, so Susanne Kastner. „Unsere Frauen haben starke und klare politische Rahmenbedingungen verdient, die aufräumen mit diskriminierenden Zuständen. Daher ist es enttäuschend, dass auch hier Ministerin Schröder nur halbherzige Vorschläge macht.

Kämpferisch erscheint hingegen Arbeitsministerin von der Leyen. Doch haben wir bei ihr nur zu oft erleben müssen, dass es bei Worten blieb“.



Als ehemals zuständige Ministerin habe sie jedenfalls das Thema nie zu ihrem Markenzeichen gemacht. „Jetzt wird sich zeigen, ob den Worten der Koalitions-Vertreterinnen auch Taten folgen“. „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern CDU und FDP auf, unserem Gesetzentwurf im Bundestag zuzustimmen. Dann ist die gläserne Decke durchbrochen“, stellte Susanne Kastner abschließend fest.